

Politik & Wirtschaft

Die Schweiz ist ein attraktives Angriffsziel

Schutzlos neutral Der Bund warnt ungewöhnlich deutlich vor Terror und Sabotage. Kritische Infrastruktur – etwa beim Strom – ist ungeschützt.



Wer Schaltanlagen in der Schweiz trifft, trifft Europa: 20 Prozent des europäischen Stroms fließen durch die Schweiz. Foto: Keystone

Annalena Müller

Die globale Sicherheitslage spitzt sich zu: US-Präsident Trump will die Nato in den Irankrieg ziehen, Russland erstarkt dank des Chaos in Nahost und blickt über die Ukraine hinaus nach Europa – welches längst Ziel hybrider russischer Kriegsführung ist. Das betrifft auch die Schweiz. Sie könne ins Visier von Terroristen kommen, warnten kürzlich der Nachrichtendienst des Bundes und Verteidigungsminister Martin Pfister deutlich. Gemäss Sicherheitsexperten ist das keine Panikmache.

Aufgrund ihrer geografischen Lage und der globalen wirtschaftlichen Verflechtung ist die Schweiz ein attraktives Ziel im hybriden Krieg. Im Herzen Europas gelegen, befinden sich hier wichtige Energieversorgungsanlagen und zahlreiche Rechenzentren mit Servern internationaler Techgiganten wie Amazon und Microsoft. Dazu kommen die multinationalen Konzerne und Banken. Mit anderen Worten: Wer die hiesige kritische Infrastruktur trifft, trifft Europa und den Westen – Neutralität hin oder her.

Das gelte besonders für den Fall eines Krieges zwischen den europäischen Nato-Staaten und Russland, sagt Frank Sauer von der Bundeswehruniversität in München. Ein Szenario, das Experten ab 2028 für möglich halten.

Obschon die Schweiz kein primäres Ziel für russische Attacken wäre, bliebe sie nicht verschont, sagt Jean-Marc Rickli vom Geneva Center for Security Policy. Neben der Spionage, für welche die Schweiz heute bereits eine Drehscheibe ist, würden vor allem hybride Aggressionen wie Desinformations- und Cyberattacken oder Sabotageakte zunehmen.

Auch das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (Sepos) rechnet mit vermehrten hybriden Angriffen. «Allgemein sind wir weniger Beeinflussungsaktivitäten ausgesetzt als EU-Staaten, aber mit wachsenden geopolitischen Spannungen dürfte beispielsweise russische Desinformation zunehmen», sagt Sepos-Experte Benno Zogg.

Ähnlich wie die Golfstaaten, die vom Iran angegriffen werden, weil sie US-Militärbasen, Banken und Ölkonzerne in ihren Ländern beherbergen, könnte auch die Schweiz ins Visier Russlands kommen. Allein wegen der zahlreichen multinationalen Firmen, Datacenter und Banken.

Auf Nato-Hilfe angewiesen

Die Schweiz hätte einem Angriff mit Raketen oder Drohnen, wie sie derzeit vom Iran eingesetzt werden, wenig entgegenzusetzen. Das Boden-Luft-Verteidigungssystem ist veraltet und nur noch teilweise in Betrieb. Die Lieferung der bereits anbezahlten Abwehrsysteme des Typs Patriot verzögert sich um mehrere Jahre.

Ein Grund dafür ist der Krieg in Nahost, wo die USA in zwei Wochen mehr Patriots verschossen haben, als der Hersteller Raytheon in einem Jahr produziert. Bevor die USA an andere liefern, werden sie die eigenen Vorräte wieder auffüllen. Deshalb prüft der Bundesrat nun europäische Alternativen zu den bestellten Patriots.

Doch auch dieser Prozess dürfte Jahre dauern. Bis dahin bleibt die Schweiz bei der Abwehr ballistischer Raketen auf Hilfe der Nato angewiesen, die in einem allfälligen Krieg gegen Russland vermutlich prioritär ihre Bündnispartner schützen würde.

Auch auf terroristische Angriffe ist die Schweiz kaum vorbe-

«Ein Hühnergitter kann Wunder tun, ebenso Netze rund um eine Anlage.»

Frank Sauer

Universität der Bundeswehr in München

reit. Exemplarisch zeigt sich das am Aargauer Umspannwerk, dem Stern von Laufenburg. Das Werk wurde 1958 als Knotenpunkt gebaut, der Haushalte in der Schweiz, Deutschland und Frankreich mit Strom versorgt. Heute werden im europäischen Verbund 530 Millionen Menschen in über 30 Ländern mit Strom versorgt, 20 Prozent davon gehen durch die Schweiz. Würde das Werk sabotiert, wären die Folgen weit über die Schweiz hinaus zu spüren. Das macht die Anlage zu einem potenziellen Ziel für Angriffe, die primär auf die europäischen Nato-Nachbarn zielen würden.

Obschon die Gefahrenlage bekannt ist und trotz einer Drohnensichtung beim Umspannwerk im letzten Herbst ist der Stern von Laufenburg bis heute nicht gegen Angriffe aus der Luft geschützt. Der Grund: Es fühlt sich niemand zuständig.

Eine Anfrage beim Verteidigungsdepartement ergab, dass die Armee zwar noch dieses Jahr die Lieferung erster Drohnenabwehrsysteme erwartet. Zum Schutz kritischer Infrastruktur könne die Armee aber nur in Ausnahmefällen angefordert werden, nämlich «bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und wenn die Mittel der zivilen Behörden nicht mehr ausreichen». Die Kantonspolizei Aargau wie-

derum schreibt, sie könne «eine durchgehende Überwachung kritischer Infrastruktur nicht gewährleisten». Grundsätzlich seien die Betreiber für den Schutz ihrer Anlagen zuständig. Darauf angesprochen, verweist Anlagenbetreiber Swissgrid auf die Flugverbotszone rund um das Umspannwerk. Er räumt aber ein, dass das Unternehmen die Anlage nicht vor physischen Angriffen schützen könne. Als privates Unternehmen dürfe Swissgrid «Drohnen nicht bekämpfen, sondern nur erkennen», so der Sprecher.

Schutz des Luftraums

Die unklaren Verantwortlichkeiten in der Schweiz machen Ziele wie den «Stern von Laufenburg» attraktiv, sagen Experten. «Hybride Kriegsführung spielt sich in Grauzonen zwischen Krieg und Frieden, zwischen zivilen und militärischen Zielen ab», so Risikoforscher Rickli. Kritische Infrastruktur liege oft in Privathand, was ihre Sicherung in Friedenszeiten erschwere. Mittlerweile hat sich die Bundespolitik der Frage angenommen. Letzte Woche verabschiedete der Nationalrat einen Vorstoss, der den Bundesrat beauftragt, den Schutz des Luftraums auch unterhalb der Kriegsschwelle klarer zu regeln.

Im Fall des «Sterns von Laufenburg» ist die Argumentation für Frank Sauer dennoch kaum nachvollziehbar. Schutz vor Drohnen bedeute nicht zwingend den Abschuss von Drohnen. «Ein Hühnergitter kann Wunder tun, ebenso Netze rund um eine Anlage, wie wir sie in der Ukraine über Strassen gespannt sehen.» Diese Schutzmassnahmen seien nicht teuer und könnten auch von privaten Betreibern kritischer Infrastrukturen beschafft werden, so der Sicherheitsforscher.

McDonald's operiert mit kontroversen Verträgen

Fast Food Ein Arbeitsrechtler kritisiert, das System erinnere an Arbeit auf Abruf.

Trotz Umwelt- und Gesundheitstrend und der immer grösseren Konkurrenz durch andere Burgerketten: Die Nachfrage für den klassischen Burger bei McDonald's ist auch 50 Jahre nach Eröffnung der ersten Filialen in der Schweiz gross. Insgesamt werden in den 190 Filialen hierzulande täglich 275'000 Gäste bewirtet. Erst letztes Jahr kamen sieben neue Filialen dazu. Und McDonald's würde gerne etliche weitere eröffnen, doch vermehrt bremsen Einsprachen und Widerstand aus der Bevölkerung das Wachstum aus.

8400 Angestellte beschäftigen das Unternehmen und dessen Lizenznehmer in der Schweiz. Schaut man sich Stelleninserate an, sticht einem ins Auge, dass es sich häufig um Teilzeitstellen mit einer Arbeitszeit von «0 bis 17 Stunden» pro Woche handelt.

«Flexible Teilzeitmodelle»

Gemäss McDonald's sind rund drei Viertel der Schweizer Angestellten in einem Teilzeitpensum angestellt. Geboten wird zum Einstieg meist der Mindestlohn gemäss Gastro-GAV und kantonalen Vorgaben – also knapp 25 Franken. McDonald's betont in diesem Kontext, dass den Mitarbeitenden gezielte Entwicklungsmöglichkeiten angeboten würden, um ihr Pensum und ihre Verantwortung schrittweise zu erhöhen – «und damit auch ihre soziale Absicherung auszubauen».

Im Arbeitsvertrag eines Crewmitglieds heisst es: «Das durchschnittliche Pensum soll vom Arbeitsvolumen niedrig und überschaubar bleiben, das heisst, durchschnittlich innerhalb eines Kalenderjahres beziehungsweise der jeweiligen Vertragsdauer maximal 17 Stunden pro Woche.»

McDonald's betont: «Bei uns arbeiten unter anderem Studierende, Eltern und Personen in Ausbildung. Sie entscheiden sich bewusst für flexible Teilzeitmodelle, die sich gut mit ihrem Alltag vereinbaren lassen.» In den Inseraten klingt es so: «Mit Arbeitszeiten, die sich nach deinem Leben richten.» Das Unternehmen schreibt, dass Crewmitglieder durchschnittlich 6,5 Jahre für McDonald's tätig seien, dies als Beleg, dass das Unternehmen als Arbeitgeber geschätzt werde.

Kein Einzelbeispiel

Der Arbeitsrechtler Roger Rudolph von der Universität Zürich sieht bei einer solchen Variante mit einer Arbeitszeit von 0 bis 17 Stunden aber auch kritische Punkte: «Der Arbeitgeber will sich möglichst grosse Flexibilität bei der Einsatzplanung bewahren, ohne im Verhältnis zum Mitarbeiter in einem bestimmten Pensum inklusive entsprechender Lohnzahlungspflicht gefangen zu sein.» Dieses System nähere sich Arbeit auf Abruf an, so Rudolph. Damit werde das Betriebsrisiko, nämlich die Frage, ob es genug Arbeit gebe, zu einem guten Teil vom Unternehmen auf den Arbeitnehmer ausgelagert. «Und wird dieser nicht eingesetzt, bekommt er auch kein Geld.»

Eine frühere Angestellte, mit der diese Redaktion Kontakt hatte, kritisiert, dass es trotz eigentlich garantierter Vorlaufzeit bei der Einsatzplanung zu kurzfristigen Aufgebots komme. McDo-

nald's schreibt dazu, die Einsatzpläne würden vier Wochen im Voraus erstellt. «Bei kurzfristigem Mehrbedarf – etwa aufgrund von Wetterbedingungen oder Krankheitsausfällen – wird das Team über eine App informiert, und zusätzliche Einsätze können freiwillig übernommen werden.» Andererseits, wer auf die Arbeitsstunde verzichtet, verzichtet auch auf den Lohn dafür.

Bei McDonald's handelt es sich oft um Teilzeitstellen mit einer Arbeitszeit von «0 bis 17 Stunden» pro Woche.

Gemäss der Gewerkschaft Unia ist das System von McDonald's kein Einzelbeispiel: «Solche Fälle gibt es in der Gastronomie etliche», sagt der zuständige Sekretär Mauro Moretto. Auch deshalb fordere die Unia für den zukünftigen GAV im Gastgewerbe, der gerade zwischen den Sozialpartnern verhandelt wird, dass eine Mindestarbeitszeit bei Anstellungen im Stundenlohn garantiert werden müsse.

Einsprachen und Petitionen

Der Burgerbrater ist inzwischen der grösste Arbeitgeber in der Schweizer Gastronomie und will weiter wachsen. Drei neue Restaurants sind derzeit in Bau, doch teils kommt McDonald's bei der Expansion das eigene Image in den Weg. Ob bei der geplanten Filiale am Zürcher Limmatquai, jener beim Bahnhof Stettbach in der Zürcher Peripherie oder in Uznach SG: Immer wieder gibt es Widerstand gegen geplante Filialen. Es geht dabei um die Angst vor zusätzlichem Verkehr, vor Littering oder davor, dass die Schüler aus den nahen Schulen zu oft mit «ungesundem» Essen in Kontakt kämen.

Aufgehalten werden sollen die Projekte mit Einsprachen sowie Petitionen an die Politiker oder den Eigentümer von Immobilien, für die auf der Plattform Campax gesammelt wird. Gegen die geplante Filiale beim Bahnhof Stettbach waren bis gestern Mittag 1924 der angestrebten 2000 Unterschriften zusammengekommen.

McDonald's schreibt dazu: «Der Dialog mit Behörden, benachbarten Geschäften und Anwohnerinnen und Anwohnern ist uns sehr wichtig. Deshalb suchen wir aktiv das Gespräch.» Dabei mache man grundsätzlich sehr gute Erfahrungen, «weil wir aufzeigen können, dass unsere Restaurants von lokalen Unternehmerinnen und Unternehmern geführt werden, die das Quartier und seine Bedürfnisse gut kennen».

In einzelnen Fällen erlebe man jedoch auch, dass gewisse Nachbarn den Dialog von Anfang an ausschlagen würden, was das Unternehmen bedauere. Man darf also gespannt sein, wie viele McDonald's-Filialen in der Schweiz noch eröffnet werden können.

Christopher Gilb